

Die Herausforderungen auf dem Weg zu einem umfassenden Frieden

von Julian Streit, PBI-Freiwilliger in Kolumbien seit Mai 2022

Die Einführung einer Politik des umfassenden Friedens («Paz Total») war das grosse Wahlversprechen Gustavo Petros und prägt die Agenda des Präsidenten Kolumbiens seit dessen Amtseinführung im August 2022. Ziel der Politik ist die Demobilisierung illegaler bewaffneter Gruppierungen durch aktiven Dialog, begleitet von Reformen, um die strukturellen Ursachen der Jahrzehnte währenden soziopolitischen Gewalt anzugehen. Im Rahmen dieser Politik haben bisher drei bewaffnete Gruppierungen einen Waffenstillstand eingelegtⁱ. Auch die Friedensverhandlungen zwischen der Regierung und der «Nationalen Befreiungsarmee» (ELN), die unter Petros Amtsvorgänger Iván Duque suspendiert worden waren, wurden im November 2022 wieder aufgenommenⁱⁱ. Zudem berät das nationale Parlament zurzeit über ein sogenanntes Unterwerfungsgesetz für bewaffnete Gruppierungen, deren Aktivitäten nicht primär einer politischen Logik, sondern kriminellen Absichten unterliegen. Darunter fallen verschiedene Nachfolgegruppierungen des offiziell seit 2005 demobilisierten rechten Paramilitarismus, insbesondere die selbsternannten «Autodefensas Gaitanistas de Colombia» (AGC), auch bekannt als «Clan del Golfo»ⁱⁱⁱ.

Begleitung einer humanitären Aktion

Während die Verhandlungen zwischen der Regierung und dem ELN fortschreiten, offenbaren sich auf lokaler Ebene die Herausforderungen der Friedensbemühungen. Im Januar dieses Jahres begleitete PBI die «Asociación para la Investigación y la Acción Social» (Nomadesc) und die «Comisión Intereclesial de Justicia y Paz» während einer humanitären Mission im Rahmen der Friedensverhandlungen. Die Mission wurde durchgeführt, um humanitäre Teilvereinbarungen in zwei besonders konfliktgeplagten Regionen des kolumbianischen Pazifikraums voranzutreiben.^{iv} Beteiligt waren neben Repräsentant*innen der nationalen Regierung auch Friedensverantwortliche des ELN, diplomatische Akteure sowie Vertreter*innen der kolumbianischen und der internationalen Zivilgesellschaft.

Militarisierung und humanitäre Krise

Obschon zwischen der Regierung und der Armee eine minimale Präsenz des Militärs entlang der Route vereinbart worden war, kam es an verschiedenen Orten zu Einfällen der 15. Brigade des kolumbianischen Militärs. Diese Präsenz wurde insbesondere von den lokalen Gemeinschaften als einschüchternd wahrgenommen.^v Gemäss ihren Berichten führte die massive Militarisierung der Region in jüngerer Vergangenheit weniger zur Befriedung als zu einer Zunahme der Gefechte und des Leids der Bevölkerung. Entsprechend wiederholten sich während der humanitären Mission die Forderungen nach einem Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien, der Räumung der zahlreichen Minenfelder in den Dörfern sowie die Bitte nach humanitärer Unterstützung für die unzähligen vertriebenen Gemeinschaften bei den Bemühungen zur Rückkehr in ihre Gebiete.^{vi} Gleichzeitig äusserte sich auch vorsichtige Besorgnis angesichts zahlreicher ähnlicher Missionen in der Vergangenheit, welche kaum je zu konkreten Verbesserungen führten. Im Gegenteil, die humanitäre Krise in der kolumbianischen Pazifikregion hält an und die Zweifel verfestigen sich, inwiefern die massgeblichen Akteure tatsächlich bereit sind, die Waffen niederzulegen.

Neo-Paramilitärs und Drogengeschäfte

Mit Besorgnis berichten die Gemeinschaften auch von der Ausbreitung der eingangs erwähnten AGC, welche inmitten der starken Militärpräsenz zunehmend die territoriale Kontrolle an sich reisst.^{vii} Damit einhergehend nimmt auch der Anbau von und Handel mit illegalen Drogen zu, eine wesentliche Ursache der endlosen Gewaltspirale in Kolumbien. So zeigt die Geschichte, wie dieses lukrative Geschäft immer wieder dafür gesorgt hat, dass neu auftauchende bewaffnete Akteure in das Vakuum vorstiessen, welches von demobilisierten Gruppierungen hinterlassen worden war. Tatsächlich zeigt sich zunehmend, dass die

Bemühungen für den umfassenden Frieden erfolglos bleiben könnten, sofern tiefgreifende Veränderungen der internationalen Drogenpolitik in Richtung Dekriminalisierung und Legalisierung ausbleiben.

Einbezug der betroffenen Gemeinschaften

Zusammenfassend lässt sich schliessend, dass effektive humanitäre Vereinbarungen für diese von Jahrzehnten des Kriegs gebeutelte Region zwingend einen Plan zur Umsetzung und Überprüfung unter Einbezug der lokalen Gemeinschaften erfordern.

-
- i Bei den drei bewaffneten Gruppierungen handelt es sich um die Dissidenzen der FARC-EP des sogenannten «Estado Mayor Central», welche sich bereits im Vorfeld der Verhandlungen des Friedensvertrags von 2016 von denselben abwandten, die FARC-EP Dissidenzen der «Segunda Marquetalia», welche sich ab 2019 wieder bewaffneten, sowie die «Autodefensas de la Sierra Nevada». Ein weiterer Waffenstillstand mit den «Autodefensas Gaitanistas de Colombia» (AGC) wurde inzwischen wieder gebrochen.
 - ii Infobae: [Empieza la reinstalación de la mesa de diálogo con el ELN en Caracas,Venezuela](#), 21. November 2022.
 - iii WRadio: [Listo proyecto de ley de sometimiento del Clan del Golfo y bandas criminales](#), 15. Februar 2023.
 - iv Die Mission wurde in Bajo Calima, Valle del Cauca und in Medio San Juan, Chocó, durchgeführt.
 - v Al Jazeera: [“Peace caravan” in Colombia met with fear and distrust](#), 27. Januar 2023.
 - vi El Espectador: [¿Qué son los acuerdos humanitarios y por qué importan en los diálogos con el ELN?](#), 12. Dezember 2022.
 - vii Siehe v.